

3. FACH DIALOG

Soziale Aspekte der Stadtentwicklung

Dokumentation
Freitag, 17. März 2017
Deutsches Architekturmuseum

Hintergrund

In der Beteiligungsphase zum Stadtdialog „Frankfurt Deine Stadt“ ist deutlich geworden, dass nicht nur räumliche Entwicklungsszenarien eine Rolle in der Stadtentwicklung spielen, sondern dass insbesondere bei der Definition von „guten“ Quartieren soziale Aspekte näher betrachtet werden müssen. Wie sehen Stadtquartiere aus, die als Begegnungsorte und Kommunikationsräume funktionieren sowie Mischung und Vielfalt zulassen?

Deshalb lag der Fokus des 3. Fachdialogs auf Fragen des sozialen Zusammenlebens. Entwicklungsmöglichkeiten in räumlicher und sozialer Sicht, sowie die Einbindung von Expertisen aus der Sozialwissenschaft und Sozialplanung in das Stadtentwicklungskonzept „Frankfurt 2030“ waren Diskussionsschwerpunkte der Veranstaltung.

Programm

Begrüßung und Moderation

Kristina Oldenburg, Kokonsult

Making Heimat. Germany, Arrival Country

Peter Cachola Schmal, Leitender Direktor des Deutschen Architekturmuseums Frankfurt am Main

3

Soziale Aspekte der Stadtentwicklung

Prof. Dr. em. Frank-Olaf Radtke, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Goethe-Universität Frankfurt am Main

4

Dezernent*innen im Dialog

Kristina Oldenburg

im Gespräch mit Dezernent*innen der Stadt Frankfurt am Main:

Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, Dezernentin für Soziales, Senioren, Jugend und Recht

Mike Josef, Dezernent für Planen und Wohnen

Sylvia Weber, Dezernentin für Integration und Bildung

7

Statements und Gespräche mit Akteursgruppen

Fokus 1: Begegnung und Kommunikation

Kristina Oldenburg im Gespräch mit

Rebekka Rammé, Frankfurter Jugendring

Isabelle Neuling, StadtSchülerInnenrat Frankfurt am Main

Heike Hecker, Quartiersmanagement in Rödelheim

Alexandra Cremer, Netzwerk Inklusion Frankfurt

und dem Plenum

12

Fokus 2: Vielfalt und Mischung

Kristina Oldenburg im Gespräch mit

Ursula Frenzel-Erkert, Freiberufliche Sozial-Gerontologin

Marja Glage, Quartiersmanagement Unterliederbach-Ost

Michael Zimmermann-Freitag, Der Paritätische Hessen e.V.

und dem Plenum

18

Ausblick

Kristina Oldenburg mit

Martin Hunscher, Amtsleiter Stadtplanungsamt der Stadt Frankfurt am Main

23

Making Heimat. Germany, Arrival Country

Peter Cachola Schmal

Leitender Direktor des Deutschen
Architekturmuseums
Frankfurt am Main



„Making Heimat“ – das war der Titel des deutschen Beitrags der letzten Architektur-Biennale in Venedig von Mai bis Ende November 2016. Unsere Inspiration stammt von dem Journalisten Doug Saunders aus Kanada, der über die neue Völkerwanderung redet, über Einwanderer, die unter anderem nach Europa kommen. Und es geht hier nicht um Flüchtlinge, sondern um Menschen, die ihre neue Heimat suchen und schaffen wollen. Es geht um Mechanismen der Selbstintegration in Ankunftsstadtvierteln, den Arrival Cities. Deutschland wächst und schrumpft gleichzeitig. Da, wo viele Ausländer sind, da sind auch die wachsenden Orte, die wachsenden Städte, verknüpft mit neuen Arten von Problemen. Auf jeden Fall bedeutet das für uns alle: Das Wachsen ist eine Umkehrung unseres bisherigen Modus. Der Modus heißt nicht mehr schrumpfen, sondern der Modus heißt in bestimmten Gebieten wachsen. Städte wachsen und das bedeutet, die Stadtplanung muss Flächen bereitstellen. Stillstand kann sie sich nicht mehr erlauben.

Wohlstand und Armut ist unterschiedlich verteilt, wie wir alle wissen. Das heißt, in unserer Region ist beides in unterschiedlichen Gebieten vertreten, die sich aber nicht deswegen von alleine ausgleichen. Einwanderer ziehen in die Gebiete, in denen die Mieten günstig sind. Eine These, die beim Ministerium nicht so gut ankam: Keine Angst vor ethnisch homogenen Vierteln, denn diese ermöglichen Netzwerke. Das böse Stichwort lautet Ghetto. Ghettos sind Gebiete, in denen eine Ethnie überwiegt. Interessant bei Ankunftsstädten ist auch, dass die Menschen sehr schnell ihren Wohnort wieder verlassen. Die Fluktuation beispielsweise in Offenbach beträgt elf Prozent im Jahr der Gesamtbevölkerung. Das „Kommen und das Gehen“ ist ein Parameter, an denen man Ankunftsstadtviertel erkennt. Die Leute in diesen Vierteln kommen und gehen. Das hat den kleinen Nachteil, dass man es als Sozialarbeiter oder Quartiersmanager immer wieder mit einer neuen Klientel zu tun hat, weil die andere schon wieder weggezogen ist. In den schlechtesten und schlimmsten Vierteln sollten die besten Schulen sein, denn es geht um die nächste Generation, auch wenn die dann nicht mehr in diesem Ort wohnt. Integrationsleistung und Armut gehen Hand in Hand – das kostet Geld und erfordert Sozialarbeiterstellen. Wir haben einerseits das Thema Integration bearbeitet, andererseits das Thema Flüchtlingsbauten.

Berlin hat es sich am Anfang einfach gemacht: der Flughafen Tempelhof stand leer und man konnte dort Tausende Menschen unterbringen. Natürlich funktioniert das nicht besonders gut. Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften machen etwas ganz anderes: Sie bauen jetzt MUFFs, modulare Unterkünfte für je 500 Flüchtlinge, mit guten Architekten, mitten in der Stadt. Die Wohnungsbaugesellschaft WBM möchte 20 solcher MUFFs bauen – das heißt, es geht um 10.000 Menschen, die sie in der nächsten Zeit unterbringen wollen. Das ist schon eine ganz andere Aussage und das mitten in Berlin, auf kommunalen Grundstücken. In München wurde Ende letzten Jahres auf einem kommunalen Parkplatz, mitten in Allach, einer sehr guten Gegend in der Nähe vom Olympiastadion, ein Wohnhaus für 130 Personen gebaut. Dieses Gebäude ist im Januar 2017 bezogen worden. Der Parkplatz wurde überbaut mit einer Betonkonstruktion und dann mit einem viergeschossigen Holzbau versehen: 100 Wohnungen für 130 Personen, zur Hälfte Flüchtlinge, zur Hälfte Studierende. München hat von der Planung bis zur Realisierung nur elf Monate gebraucht.

Vielen Dank!

Soziale Aspekte der Stadtentwicklung

Prof. Dr. em.
Frank-Olaf Radtke

FB Erziehungswissenschaften,
Goethe-Universität
Frankfurt am Main



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich soll heute aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive über die „Sozialen Aspekte der Stadtentwicklung“ sprechen. Die Qualität des sozialen Zusammenlebens in einer Stadt kann mit dem Indikator „Integration“ erfasst werden, operationalisiert mit den Konzepten „Chancengleichheit und –gerechtigkeit“. Beides sind normative Erwartungen, die erkennbar nicht realisiert sind.

Wichtige Indikatoren, die man statistisch für gelingende Integration oder Chancengleichheit anführen kann, werden in Arbeits- und Wohnungsmarktstatistiken abgebildet, sowie in Bildungsstatistiken. In allen drei Bereichen diskutieren wir über Ungleichheit und Ungerechtigkeiten, über ein Auseinanderdriften der Teilnahmechancen der verschiedenen sozialen Gruppen/Klassen/Milieus und wachsende soziale Spannungen. Die Frage ist, wo Interventionspunkte liegen könnten, um diese Entwicklung auf kommunaler Ebene zu unterbrechen oder abzumildern.

Ich möchte vorab ein paar allgemeine Überlegungen anstellen, was Integration aus soziologischer Sicht heißen kann. Wir leben, folgt man dem Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann, in einer funktional differenzierten Gesellschaft, die aus einer ganzen Reihe autonomer Funktionssysteme besteht: Wirtschaft mit all ihren Facetten, Recht, Politik, Wissenschaft, Medizin, Kunst, Erziehung etc. Diese Funktionssysteme inkludieren jeweils nach eigenen Gesichtspunkten Teile der Bevölkerung in Komplementärrollen, etwa als Käufer und Verkäufer, Arzt oder Patient, Lehrerin oder Schüler. Das Wirtschaftssystem nimmt Menschen in Anspruch, um seine Operationen durchführen zu können: als Arbeitskräfte, Konsumenten oder Gläubiger und Investoren, aber eben nicht alle (gleichermaßen). Und es schließt zeitweise oder dauerhaft ganze Bevölkerungsteile aus. Sie werden aus der Sicht des Systems überflüssig. Es ist eines der zentralen Probleme, mit denen moderne Gesellschaften zu tun haben, dass die Inklusion in die verschiedenen Funktionssysteme nicht von selbst funktioniert, sondern dass der Einzelne sich jeweils darum bemühen, sich qualifizieren muss, von den Funktionssystemen in Anspruch genommen zu werden, um an der Gesellschaft teilnehmen zu können.

Die Gesellschaft besteht also aus Funktionssystemen, in die die Menschen inkludiert werden müssen, wollen sie an der Gesellschaft teilhaben. Eine Aufgabe des modernen Sozialstaats ist die Hilfe bei der Inklusion, die Inklusionsvermittlung. Die operative Ebene des Sozialstaates sind die Kommunen. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe spielen die großen Städte eine bedeutsame Rolle. Als Zonen verdichteter Kommunikation sind sie gleichsam Synchronisations- und Inklusionsmaschinen, welche die moderne Gesellschaft entwickelt hat. In den Städten gibt es marktmittelt deutlich mehr (Inklusions-)Chancen für die Individuen, nicht nur im Arbeits-, Wohnungs- oder Bildungsmarkt. Nicht zuletzt das lokale Bildungssystem ist ein Ort, an dem diese Art von Inklusionsvermittlung stattfinden soll.

Wie sehen die sozialen Probleme aus, die uns unter dem Titel „Integration“ beschäftigen? Ich greife vier Beschreibungsmuster auf, die erkennbar abhängig sind vom Beobachter, d. h. den Instanzen/Ämtern, die diese Statistiken anfertigen, die wiederum untereinander nicht kompatibel sind.

Soziale Aspekte der Stadtentwicklung

Da sind (1) die sozialen Milieus, d. h. die Unterscheidung von Lebensstilen, die zuerst in den „Sinus“-Studien für Zwecke der Marktforschung erstellt wurden. Entlang der sozialen Lage und der Werte, Präferenzen und Orientierungen, die in den jeweiligen Gruppen vorherrschend sind, lassen sich „Milieus“ konstruieren, die freilich in einer Stadtkarte nicht oder nur begrenzt abbildbar sind.

Ein erhellender Modus der Beschreibung sozialer Integration ist (2) die „Miet-Map“, die für die Ausstellung „Arrival Cities“ in Venedig entworfen wurde. Dabei wird der Mietspiegel einer Stadt an U- und S-Bahnstationen angeheftet und man sieht, was es aus wohnungsmarkt-politischer Perspektive bedeuten würde, wenn man mit Wohnungsbau intervenieren und Inklusionsvermittlung in der Stadt betreiben würde.

Ein weiterer Modus der Beschreibung stammt (3) aus dem Programm „Soziale Stadt“. Wird der Blick auf statistisch konstruierte Stadtteile gerichtet, die als sozial-räumliche Container von Risikogruppen präsentiert werden, dann wird neben SGB II-Empfängern interessanterweise auch immer wieder der „Migrationshintergrund“ aufgerufen, den man statistisch allerdings gar nicht präzise fassen kann und der, wenn sozial nicht nach Schichten oder Milieus differenziert wird, völlig irreführend ist.

Die letzte Beobachtungsweise, die mich dann auch zu dem Thema Inklusion durch Erziehung führt, ist (4) eine Art Streudiagramm. Man kann beispielsweise die Grundschulen der Stadt bezogen auf den Anteil der Kinder mit „Hintergrund“ betrachten und in Relation setzen zu dem Anteil der Wohnbevölkerung mit „Migrationshintergrund“ im jeweiligen Stadtteil. Anschließend stellt sich dann die Frage: Wie kommt es, dass die Wohnbevölkerung in ihrer sozialen Struktur nicht in der Schulbevölkerung abgebildet ist? Wenn dann auch die Übergangsquoten in weiterführende Schulen variieren, deutet das darauf hin, dass die einzelne Schule nicht notwendig dazu beiträgt, die soziale Entmischung der Bevölkerung zu verhindern, im Gegenteil, sie verstärkt sie noch - und zwar schon auf Ebene der Grundschulen oder Kindertagesstätten.

Der Schulerfolg ist ein wesentlicher Indikator und ein Prognoseinstrument für die Frage der sozialen Integration. Doch in Deutschland hat sich, nicht erst seit PISA, gezeigt, dass vielerorts in den Schulen Ungleichheit reproduziert wird – und zwar in steigendem Maße. Das Bildungssystem in seinem jetzigen Zustand ist für eine gelingende Integration nicht sehr förderlich. Wir müssten also daran arbeiten, den Zustand des Bildungssystems selbst zu verändern.

Was kann die Stadtentwicklung dazu beitragen?

Wenn man die Diagnose hat, dass das Bildungssystem Ungleichheit reproduziert, stellt sich die Frage, wie man Ursache und Wirkung zurechnet. Das ist eine politisch sehr brisante Debatte. Die Ursachen werden überwiegend der Familie, den Kindern und ihren Eigenschaften, vielleicht noch dem sozialen Umfeld und eben dem „M-Hintergrund“ zugerechnet, während die Organisation Schule und die Art und Weise, wie die Selektionspraxis abläuft, nur ganz selten untersucht wird.

Das Feld der Bildung ist eine Art Kampfzone der sozialen Milieus – um die Vorteile, um die Zukunfts- und die Lebens- und die Karrierechancen der eigenen Kinder. Das beginnt in den KITAs, setzt sich fort im Kampf um Plätze in aussichtsreichen Grundschulen usw.

Soziale Aspekte der Stadtentwicklung

Durch Knappheit des Angebots werden diese Kämpfe, die in den Stadtteilen ausgefochten werden, verschärft. Das alles ist deshalb der Fall, weil unser ganzes System mittlerweile auf Zertifikate ausgerichtet ist – eine erfolgreiche Inklusionskarriere scheint in unserer Wissensgesellschaft nur noch mit Abitur und anschließendem Studium möglich.

Es gibt die These (Amartya Sen/Martha Nussbaum), dass es in dieser Wissensgesellschaft eine Schwelle gibt, die alle erreichen können müssen, um überhaupt inklusions-, d. h. teilnahmefähig zu werden. Dies könnte bedeuten, dass alle Schüler mindestens zwölf Jahre in die Schule gehen müssten, die freilich ihre Gestalt vollständig ändern wird.

Hier nun besteht, vermittelt über die Schulentwicklungsplanung, ein enger Zusammenhang mit der Stadtentwicklung. In der Erziehungswissenschaft spricht man von einer mehrfachen Entgrenzung der Erziehung, die ihren bisherigen institutionellen Rahmen überspringt. In der öffentlichen Diskussion ist mittlerweile der Begriff „Lebenslanges Lernen“ (LLL) geläufig. Individuelle Bildungs-Lebensläufe werden eine andere Form annehmen und es wird auch die Möglichkeit eröffnet, zweite und dritte Chancen wahrzunehmen, wenn es beim ersten Anlauf nicht geklappt hat. Wir werden in Zukunft Lebensalter übergreifende Kombinationen von unterschiedlichen Lehr-, Lern- und Aneignungsformen erleben.

Das führt zu dem Konzept der Bildungslandschaften. An die Stelle von einzelnen, schulformgebundenen Schulbauten wird in Zukunft eine Art Bildungscampus treten, der in verschiedenen Stadtteilen zu einem sozialen Zentrum der öffentlichen Kommunikation ausgebaut werden kann. Heute schon führt der Ganztagsbetrieb der Schule zu deren Öffnung in den Stadtteil (Vereine, Biblio- bzw. Mediatheken, Betriebe etc.). Das ist ausbaufähig.

Darüber hinaus wird man eine Re- oder Deregulierung des Bildungsbereichs erleben, dazu, vermittelt über die Digitalisierung, eine Welle der Ökonomisierung bis hin zur Kommerzialisierung des Schulbereichs. Die mobilen Funktionsebenen bringen ihre eigenen Schulen mit, finanzieren diese und können sich auf diese Weise aus dem bestehenden Bildungssystem frei kaufen. Ähnlich agieren religiös/weltanschaulich motivierte Gruppen.

Die Schulentwicklungsplanung ist bisher ein relativ unbeachteter, aber doch auch wiederum äußerst konfliktträchtiger Bereich, der in der Stadtverwaltung eigentlich eine Randrolle spielt. Wir brauchen, was der Dt. Städtetag schon seit Jahren anmahnt, eine pädagogisch anspruchsvolle und sozialpolitisch motivierte Schulentwicklungsplanung, die sich genau überlegt, wie sie sich mit der allgemeinen Stadtentwicklung(-splanung) unter dem Gesichtspunkt der Inklusionsvermittlung verzahnt. Wir brauchen dazu so was wie ein Monitoring, um in der Schullandschaft „schulscharf“ Probleme identifizieren und anschließend bezogen auf Schulstandorte intervenieren zu können – dies schon deshalb, weil die Folgen einer verfehlten Schulpolitik vor der Tür der Jugend- und Sozialämter abgelegt werden.

Vielen Dank.

Dezernent*innen im Dialog

Prof. Dr. Daniela
Birkenfeld

Dezernentin für Soziales,
Senioren, Jugend und Recht



Ich bedanke mich, dass mein Kollege Mike Josef den dritten Fachdialog zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept dem „Sozialen“ widmet. Soziale Themen sind bei der Stadtteilplanung in der Tat sehr wichtig. Und das geht weit über das zur Verfügung stellen von Flächen hinaus. Es gilt, die Menschen an sich in den Blick zu nehmen, mit ihren individuellen kulturellen Hintergründen, mit ihren individuellen Bildungsvoraussetzungen. Wir haben in unseren Stadtteilen Menschen mit den verschiedensten Bedürfnissen. Diese unterscheiden sich von den jüngeren zu den älteren Personen, bei eingewachsenen Frankfurtern anders als bei Zugezogenen. Wir müssen die Menschen die hier bei uns leben ganz individuell betrachten und ihre speziellen Bedürfnisse sehen.

Der Stadtdialog heißt „Frankfurt deine Stadt“. Oftmals findet die Identifikation mit Frankfurt über den Stadtteil, über das Quartier statt. Identifikation leicht machen und den sozialen Zusammenhalt im Gemeinwesen befördern, das sind Strukturen, die Stadtentwicklung anstreben muss. Unsere Erfahrungen zeigen, dass eine wirksame Gemeinwesenarbeit eine Zusammenführung der vielen Akteure vor Ort bedeutet. Seien es Vereine, soziale Träger, engagierte Bürgerinnen und Bürger, Schule, Kita, (Orts-)Politik, Jugendhaus, Sozialrathaus. Alle besitzen eine eigene Expertise und wollen - und sollen - bei der Zusammenarbeit entsprechend wahrgenommen werden und sich einbringen können. Das bedeutet, dass sich nicht alles um das Jugendhaus oder die Schule, die Arbeitslosen oder die Alten dreht. Aber es geht um gleiche Chancen, gute Start- und Lernbedingungen beispielsweise für Familien, Kinder, Freiräume für Jugendliche, um eine gesicherte Existenz für Erwachsene und Würde für die älteren Menschen. Für diese Gruppen müssen wir die Möglichkeiten bieten, zusammen zu kommen, um miteinander zu sprechen und Ziele zu entwickeln.

Für diese Form der Gemeinwesen- und Netzwerkarbeit vor Ort stehen wir mit unserem Programm „Aktive Nachbarschaft“. Ziel ist es, mit Unterstützung eines Quartiersmanagers sich selbst tragende Strukturen zu schaffen, damit miteinander sprechen gelingt und „Räume“ gefunden werden können.

Mein Plädoyer für stadtplanerische Prozesse gespeist aus den langjährigen Erfahrungen mit einer präsenten und dezentralen Struktur vor Ort ist, dass es keinen Sinn hat „1“ Stadtteilzentrum zu schaffen und zu erwarten, dass sich dort alles abspielt. Soziales Leben, Gemeinwesen spielt sich im gesamten Stadtteil ab, dafür muss es „Räume“ geben, nicht nur mit Mauern und einem Dach, sondern auch im Freien. Der Austausch aller Akteure auf Augenhöhe ist wichtig und Akzeptanz der Expertise der Institutionen ist eine grundlegende Voraussetzung für eine Stadtentwicklung, die den Menschen gerecht wird.

Vielen Dank.

Dezernent*innen im Dialog

Mike Josef

Dezernent für Planen und
Wohnen



Meine Damen und Herren,
wir hatten mit den bisherigen Bürgerdialogen die Inhalte zum Stadtentwicklungskonzept eher räumlich betrachtet. Wo kann sich die Stadt räumlich erweitern? Wo schaffen wir soziale Infrastruktur? Heute geht uns darum, wie wir gute Quartiere entwickeln können.

Ich glaube, gerade in der Stadtplanung gilt der Leitsatz: Kein Vorhaben ohne Verfahren mit einer klaren Zielrichtung. Weil Sie einfach in der Stadtplanung in der Situation sind, sehr viel Verzahnung mit dem Sozialen, mit dem Schulbereich, mit dem Umweltbereich, mit dem Verkehr zu haben. Letztendlich besteht guter Städtebau, eine attraktive Stadt nicht nur aus schönen Fassaden. Die Architektur ist nur ein Teil des Ganzen. Am Ende leben wir von der Lebendigkeit, von der Urbanität, vom Zusammenspiel der Menschen vor Ort – der Mensch steht im Vordergrund. Und wir können als Politik nur den Rahmen dafür schaffen.

Stadtplanung ist für mich ein Flickenteppich, den ich irgendwie zusammenhalten muss und dann am Ende zwischen allen Interessen in der Abwägung eine Lösung darstellen muss. Es zeigt sich in der konkreten Arbeit vor Ort, dass es viele Bereiche gibt die betroffen sind – Verkehr, Schule – wo es unheimlich schwierig ist, eine Lösung zu finden die auch noch in den nächsten Jahrzehnten greift, weil sich auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen stetig verändern. Umso wichtiger ist es aber, das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen zu führen, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Wir versuchen auch neue Wege in der Bürgerbeteiligung zu gehen. Wir wollen Menschen erreichen, die wir bisher nicht erreichen konnten. Hier liegt noch viel Arbeit vor uns. Beteiligung lebt davon, dass hier auch Menschen zu Wort kommen, die nicht unbedingt institutionell irgendwo gebunden sind und dann für ihre Institution reden, sondern als Bürger im Stadtteil, um aus ihren Erfahrungen zu berichten.

Wir können kaum eine Lösung für alle Stadtteile bieten, denn es gibt nicht die eine Lösung für die gesamte Stadt Frankfurt. Frankfurts Stadtteile besitzen eine große Diversität. Diese Diversität nehmen wir als Grundlage der Weiterentwicklung sowohl räumlich als auch sozial. Deswegen werden wir neben dem integrierten Stadtentwicklungskonzept als ersten Aufschlag auch eine Stadtteilentwicklung vornehmen, wo wir ganze Stadtteile teilräumlich betrachten werden.

Wo ist die Grenze des Wachstums und wie gestalten wir es? Das halte ich für eine sehr schwierige Diskussion, weil sie von so vielen Faktoren abhängig ist. Wir haben in Frankfurt nicht nur einen Zuwachs durch Zuzug, sondern auch einen Geburtenüberschuss. Das ist sehr gut. Das heißt aber auch, die Bevölkerung nimmt zu, die Menschen ziehen nach Frankfurt und bleiben auch hier, das spricht für den Wirtschaftsstandort Frankfurt. Ich betrachte nicht nur Frankfurt, sondern auch die Region. Das heißt, auch da müssen wir überlegen, wie wir diese Stadt gemeinsam mit der Region weiterentwickeln.

Ich will mit der Tatsache abschließen, dass wir momentan gerade im Immobilienbereich eine Art Goldgräberstimmung haben. Umso wichtiger ist es aber, von Seiten der Politik die klar gesteckten Rahmen aufzuzeigen. Ich befreie als Planungsdezernent beispielsweise nicht mehr von Gemeinbedarfsflächen.

Dezernent*innen im Dialog

Wir brauchen Schulen, wir brauchen Kitas, wir brauchen Krankenhäuser und wir werden die Gemeinbedarfsflächen nicht mehr für Wohnungen opfern, da wir diese Flächen für die öffentliche Nutzung brauchen.

Wer kann sich Frankfurt noch leisten? Die Frage von gefördertem Wohnungsbau, von Schulen, von Programmen wie „Aktive Nachbarschaft“, das sind Themen, die nicht der Markt regelt. Das sind Themen und Programme, bei denen die Politik intervenieren und einen ganz klaren Rahmen abstecken muss. Wir fördern und fordern. Ich finde es gut, dass wir im Gespräch sind, um eben auch die Frage „Wie sehen eigentlich gute Quartiere aus?“ heute zu diskutieren und eventuell auch zu beantworten.

Vielen Dank.

Dezernent*innen im Dialog

Sylvia Weber

Dezernentin für Integration und
Bildung



Wir stehen vor großen Herausforderungen, die sich vor allem aus dem Wachstum der Stadt ergeben. Die Zuwanderung, die wir erleben, ist nicht vorübergehend, sondern wir müssen uns darauf einstellen, dass unsere Stadt in Zeiten der Globalisierung weiter wachsen wird.

Wir erleben auch, dass Bildungsbiografien differenzierter werden, dass Erwerbsbiografien oder die Arbeitsverhältnisse von den Menschen instabil und auch kein Garant mehr für eine langfristige Lebensperspektive sind. Insofern ist es sicherlich wichtig zu sagen: Eine Stadt wie Frankfurt muss ein Ort der Identifikation, ein Ort der Heimat für alle sein. Ein Ort an dem sich auch Menschen wohl fühlen, die vielleicht nur ein paar Jahre hier sind.

Wir haben eine sehr vielfältige Gesellschaft, mit unterschiedlichen Anforderungen an das Lebensumfeld. Wie jede große Stadt ist auch Frankfurt vom Wandel betroffen. Wir sind mit zunehmender sozialer Ungleichheit konfrontiert. Fehlende Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit, Bildungsarmut und eine Segregation, die in vollem Gange ist. Wie kann man also durch eine kluge und vorausschauende Stadtentwicklung dem entgegenwirken?

Dass wir das in einem integrativen und partizipativen Prozess machen, ist ein wichtiger Schritt. Und das bietet auch die Chance, dass wir uns alle dem Gemeinwohl verpflichten können. Denn räumliche Planung kann die Chancengleichheit von Teilräumen ermöglichen und soziale und räumliche Ungleichgewichte beseitigen. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, wie viel Raum oder Platz jemand zur Verfügung hat. Wir sollten in den Stadtteilen, in denen die Wohnungen ohnehin eng und klein sind, nicht auch noch den öffentlichen Raum durch Nachverdichtung verknappen, sondern müssen da möglicherweise einen Ausgleich schaffen. Stadtentwicklung kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie nicht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei geht, sondern sie aufnimmt und vor allen Dingen Lebensqualität und Heimat schafft, gute Infrastruktur, gute Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Orte der Begegnung und des Austausches der Kulturen, Freizeit- und Kulturangebote und gute Verkehrsanbindungen. Das gilt auch für die bestehenden Stadtteile.

Wir sollten uns nicht nur mit dem Flächenwachstum, sondern vor allem mit der Qualität befassen, die wir den Räumen in unserer Stadt zugestehen wollen. So ist Nachverdichtung, sicherlich eine Möglichkeit, aber nicht in jedem Quartier sinnvoll, denn wir brauchen gleichzeitig eine Bildungsinfrastruktur, die entsprechend angepasst und ausgebaut werden muss. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Quartiere oder Stadtteile nicht für Nachverdichtung geeignet sind, wenn es dort keine Entwicklungsmöglichkeiten für Schulen, Kitas etc. gibt. Wohnortnahe soziale, kulturelle und Bildungseinrichtungen sind der wesentlichste Grundpfeiler der Teilhabegerechtigkeit. Wenn wir diese nicht sichern, planen wir „Problemstadtteile“. Segregation wird sich verstärken und wir stehen in ein paar Jahren noch mehr als zuvor vor der Aufgabe, die Folgen solcher Fehlentwicklungen nachzuvollziehen. Es kann nicht unser Ziel sein, „leblose“ Quartiere zu produzieren, in denen es keine Lern-, Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten gibt und in denen sich die sozialen Problemlagen häufen.

Dezernent*innen im Dialog

Eine Chance, mit der wir uns im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung angesichts der Knappheit der Flächen weitaus mehr befassen sollten, kann die Mehrfachnutzung von Räumen sein. Wenn sich Schulen und Kitas in den Stadtteil öffnen werden sie zu Orten der Bildung und Begegnung über Generationen und Kulturen hinweg. Mehrfachnutzung kann auch einen Schub für die Qualität der Bildung bedeuten. Wir können den interdisziplinären Austausch fördern, wenn wir beispielsweise Bildungs- und Forschungseinrichtungen räumlich konzentrieren. Hier geht es darum, verschiedene Angebote miteinander zu vernetzen und Übergänge effektiver zu gestalten.

Wir brauchen auch Ankerpunkte, Orte der Identifikation in den Stadtteilen. Das kann ein Park sein, ein Denkmal, ein bestimmtes Angebot an Geschäften oder Kneipen. Und natürlich brauchen wir Orte für den interkulturellen Austausch und Räume für Kulturvereine. Wichtig sind Freiflächen, vor allen Dingen auch für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum. Denn sie sind wesentliche Lern- und Erfahrungsorte, die der positiven und gesunden Entwicklung der jungen Menschen in unserer Stadt dienen.

Vieles, was wir in einem integrierten Stadtentwicklungskonzept berücksichtigen können und sollen, ist in Frankfurt schon beschlossen worden, nämlich in Form des Integrations- und Diversitätskonzepts. Es zeigt das Leitbild einer vernetzten Stadt und fordert, dass alle Planungen und Maßnahmen dahin zu überprüfen sind, inwiefern sie Vielfalt im positiven Sinne sichern, Chancengleichheit ermöglichen und das Zusammengehörigkeitsgefühl unterschiedlicher Menschen befördern.

Ich glaube, das ist der große Leitgedanke, den wir hier mitnehmen können. Das Wachstum unserer Stadt muss mit Augenmaß geschehen und soziale und integrative Gesichtspunkte mit beachten. Wenn wir in die Fläche gehen – was wir angesichts der Bevölkerungsentwicklung in Frankfurt wohl tun müssen - muss ein neuer Stadtteil urbane Lebensqualität und Heimat für alle bieten. Das Gleiche gilt auch für die innerstädtische Entwicklung. Wir wollen eine kleinräumige Vielfalt erhalten. Dazu tragen auch die Bereitstellung von Ladenflächen in den Erdgeschoss und ein Mietspiegel für Gewerbeimmobilien bei, die Selbstständigkeit und damit auch den Zugang zum Arbeitsmarkt für Einwanderer erleichtern.

Die Stadt ist der Lebensraum der Zukunft. Einerseits ein Ort, an dem sich Probleme konzentrieren, andererseits aber auch ein Ort, an dem sich Möglichkeiten finden, diese Probleme zu bewältigen. Ich finde, wir sollten Frankfurt als Arrival City wahrnehmen und als solche ausbauen. Und wenn es uns gelingt mit dem integrierten Stadtentwicklungskonzept eine urbane und vielfältige Stadt zu fördern, mit der sich Menschen identifizieren können, sind wir auf einem guten Weg.

Danke.

Begegnung und Kommunikation

Rebekka Rammé

Frankfurter Jugendring



Der Frankfurter Jugendring vertritt 29 Jugendverbände in Frankfurt mit den unterschiedlichsten Interessen und Orientierungen. Wir sehen uns aber auch als Sprachrohr aller Kinder und Jugendlichen in Frankfurt. Wenn Sie jetzt aber davon ausgehen, ich würde Ihnen etwas dazu erzählen, was Jugendliche und Kinder in der Stadt benötigen, wo ein Jugendzentrum, ein Spielplatz oder Ähnliches hingebaut werden soll, dann muss ich Sie leider enttäuschen.

Entscheidendes Thema für uns ist, dass die Kinder und Jugendlichen in der Stadtplanung beteiligt werden. Diese Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist sogar gesetzlich im Baugesetz, im Kinder- und Jugendhilfegesetz, im SGB VIII und auch in den UN-Kinderrechtskonventionen festgeschrieben. Ich möchte dieses Stichwort Beteiligungsprozess noch mal herausgreifen und Vorschläge dafür machen, wie das in einer angemessenen Form stattfinden kann. Das war auch bisher unser größter Kritikpunkt an dem integrierten Stadtentwicklungskonzept, dass die Kinder und Jugendlichen nicht beteiligt wurden. Weder in der Erstellung des Statusberichts, noch in der Strategiediskussion als auch hier im Fachdialog.

Wir fordern, dass die Kinder und Jugendlichen im Stadtentwicklungsprozess wirklich beteiligt werden. Das heißt, dass es eine dauerhafte, altersgerechte Beteiligung und eine inhaltliche Rückkopplung mit der Stadt gibt insbesondere wenn es um die konkrete Gestaltung in den Stadtteilen geht. Es bedeutet auch, dass wenn Ideen aufgegriffen werden, man sich dann noch mal an einen Tisch setzt: was wird davon umgesetzt, was vielleicht nicht, warum? Wenn es jetzt darum geht, ein Stadtentwicklungskonzept zu erstellen, dann sollte diese Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fest darin verankert sein. Danke.

Begegnung und Kommunikation

Isabelle Neuling

StadtSchülerInnenRat
Frankfurt am Main



Als Vertreterin der Schülerinnen und Schüler war in Vorbereitung auf den Fachdialog vor allem das günstige Wohnen sowie das soziale Wohnen Thema. Uns ist wichtig, dass die Häuser, die Wohnungen, die Siedlungen auch Begegnungspunkte sein müssen. Dadurch entsteht eine soziale Mischung, wenn man die Begegnungspunkte direkt in die Wohnung mit einbezieht.

Frankfurt ist bunt und das sollten wir meiner Meinung nach auch nach zeigen. Wir haben eine unglaublich hohe kulturelle Vielfalt. Vielleicht sollten wir Häuser bunter bauen, schöne Fassaden und ausgefallene Architektur anstatt „Ritter-Sport-mäßig“ – quadratisch, praktisch, gut! Schauen Sie sich den Riedberg mal an. Auch wenn man sich im Wohnbereich gut mit dem Standort identifiziert – wenn der Riedberg individueller ist, dann entstehen dort Begegnungspunkte, dann müssen die Jugendlichen nicht mehr in die Innenstadt fahren, sondern können das gleich in ihren Randbereichen aktiv werden. Schauen Sie sich Niederursel an: Da ist nichts, was ich in meiner Freizeit machen könnte. Vielleicht müssen wir auch nicht immer neue Begegnungsorte schaffen, sondern können auch mal darauf aufmerksam machen, was es schon alles gibt. Es gibt überall Parks und Wiesen und Bänke.

Wir müssen aber auch offener gegenüber ausgefalleneren Ideen werden. Zum Beispiel für autofreie Zonen. Frankfurt ist eine Autostadt. Das liegt vielleicht auch an dem teuren und nicht ausreichenden Nahverkehr. Wir vom StadtSchülerInnenrat Frankfurt am Main fänden vor allem wichtig, dass gerade im Wohnungsbau darauf geachtet wird, dass das Wohnen in Frankfurt schön und sozial wird und nicht als Privileg angesehen wird. Danke.

Begegnung und Kommunikation

Heike Hecker

Quartiersmanagement in
Rödelheim



Ich arbeite als Quartiersmanagerin in Rödelheim-West und vertrete hier vor allem die Perspektive der Quartiere. Die Schwerpunkte unserer Arbeit liegen vor allem in der Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner, in der Entwicklung und Verbesserung von Nachbarschaften und Wohn- und Lebensbedingungen sowie in der Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens. Ich würde heute gerne auf drei Punkte hinweisen, die ich als Quartiersmanagerin für wichtig halte.

Erster Punkt: Die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes. Wenn Begegnung und Kommunikation in den Stadtteilen gelingen soll, auch wenn neu gebaut wird, wenn es Nachverdichtung gibt, brauchen wir dafür die Gelegenheiten, die den Alltag und die Lebenswelten der verschiedenen Milieus und Generationen in Berührung bringen. Wir brauchen attraktive Treffpunkte und Begegnungsorte im öffentlichen Raum, die einladend gestaltet und ohne Konsumzwang sind.

Zweiter Punkt: Erreichbarkeit und „Durchlässigkeit“ von Siedlungen und Wohnanlagen. Für die Kommunikation und Begegnung im Quartier müssen die Wegebeziehungen – und dabei vor allem auch die Fußwegebeziehungen – entsprechend hergestellt werden. Für die Entwicklung der sozialen Beziehungen im Quartier brauchen wir auch die baulichen und infrastrukturellen Voraussetzungen. In Rödelheim existiert beispielsweise eine ehemalige Sozialbausiedlung, die wie eine Insel gelegen ist. Mehr Zugänge und eine Einsehbarkeit könnten hier bereits für eine bessere Verbindung sorgen.

Dritter Punkt: Wir brauchen multifunktionale und nicht kommerziell orientierte Stadtteilzentren, die für die Nachbarschaftsgruppen offen sind. Die Erfahrung zeigt, dass neben diesen Räumlichkeiten dafür auch Koordination und Unterstützung gebraucht werden. Es braucht Anschlüsse und Anlässe für Begegnung. Kulturaktionen sind keine Selbstläufer und brauchen ein proaktives Management.

Aus den Erfahrungen der Aktivierung und Beteiligung ergeben sich dann auch Anforderungen an die Stadtplanung. Wenn es um die Weiterentwicklung unserer Quartiere und Stadtteile geht, muss dies unter der Beteiligung der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner passieren – und zwar als dauerhafter und kleinteiliger Prozess. Die Diskussionen, die im Stadtteil virulent geführt werden, betreffen nicht die abstrakten Zukunftsvisionen, sondern sie beschäftigen sich mit ganz konkreten Auswirkungen von Planung auf den Alltag. Stadtplanung sollte hier die Bewohnerinnen und Bewohner als Experten ihres Alltags und ihres Sozialraums einbeziehen. Formen und Anlässe der Beteiligung sollten dann so gestaltet werden, dass sie die Alltagserfahrungen und Themen der Bewohner und Bewohnerinnen aufgreifen. Danke.

Begegnung und Kommunikation

Alexandra Cremer

Netzwerk Inklusion Frankfurt



Es ist nicht wenig Zeit, die wir haben, sondern es ist viel Zeit, die wir nicht nutzen. Dies lässt sich auch auf Räume übertragen: Es gibt Parks, da hat man den Raum und man macht leider nichts daraus. Da gibt es Flächen, die einfach nicht gut genutzt werden.

Es ist nicht so lange her, dass an der Friedberger Warte ein ganz neues Baugebiet entstand – mit einer Grundschule, einem Kindergarten und einem Seniorenwohheim. Was man ganz vergessen hat, war zum einen, dass unheimlich viele junge Familien zwar einen Kindergarten brauchen, aber später auch eine weiterführende Schule oder Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche. Davon ist dort nichts vorhanden. Ich kann verstehen, dass man in gewachsenen Stadtteilen an seine Grenzen kommt, aber dort ist eine Freifläche gewesen, die man am Reißbrett planen konnte. Und bei solch einer Chance die Zukunft nicht mitzudenken... ist mir ein Rätsel. Im Rahmen des „Günthersburgpark“ gibt es die nächste Gelegenheit, viel richtig oder falsch zu machen. Und wenn ich mir was wünschen dürfte, fände ich sehr schön, man würde da tatsächlich konzeptionell ein bisschen anders rangehen und dort gleich eine sinnvolle Durchmischung einplanen.

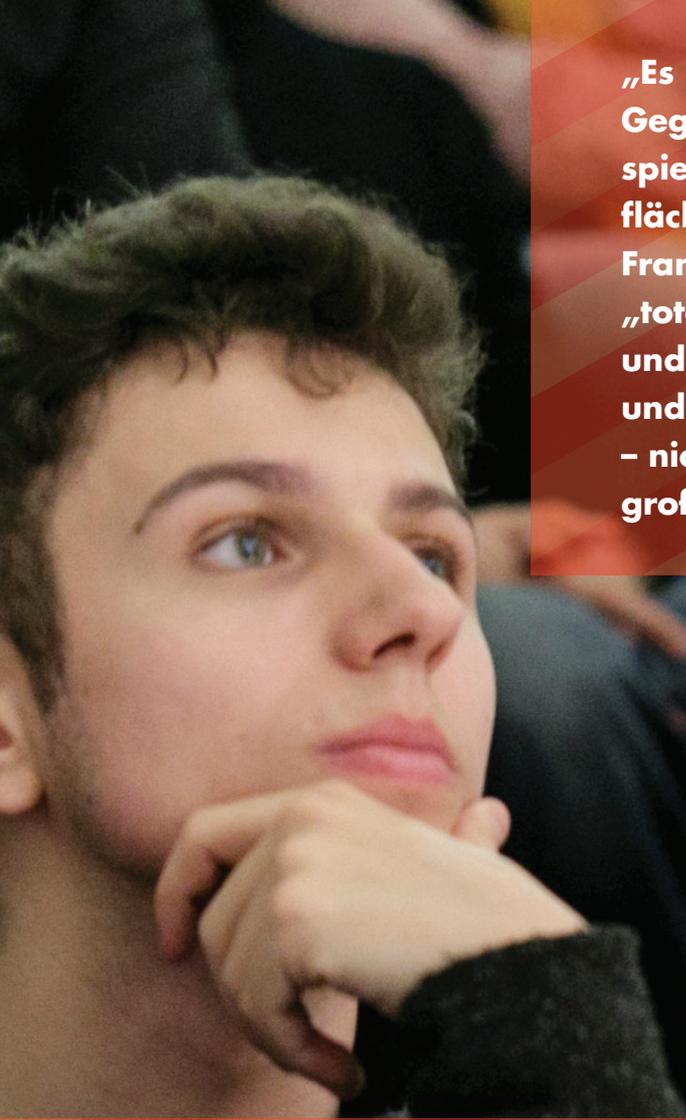
Abschließend noch ein Satz zum Thema Behinderung und Inklusion. Für Eltern von Kindern mit Behinderungen und auch erwachsenen Menschen mit Behinderungen ist die Barrierefreiheit natürlich immer ein großes Thema. Gerade wenn etwas neu gebaut wird – sei es Kindergarten, ein Schulgebäude oder auch ein ganz gewöhnliches Haus – dann kann es nicht mehr sein, dass dort Barrierefreiheit nicht mitgedacht wird.

Ich finde es ganz wichtig und für den Erfolg essenziell, eine dezernatsübergreifende Diskussion anzustoßen und wirklich einmal vom Menschen und seinem Bedarf aus zu denken. Und dabei auch in die Zukunft zu schauen. Danke.

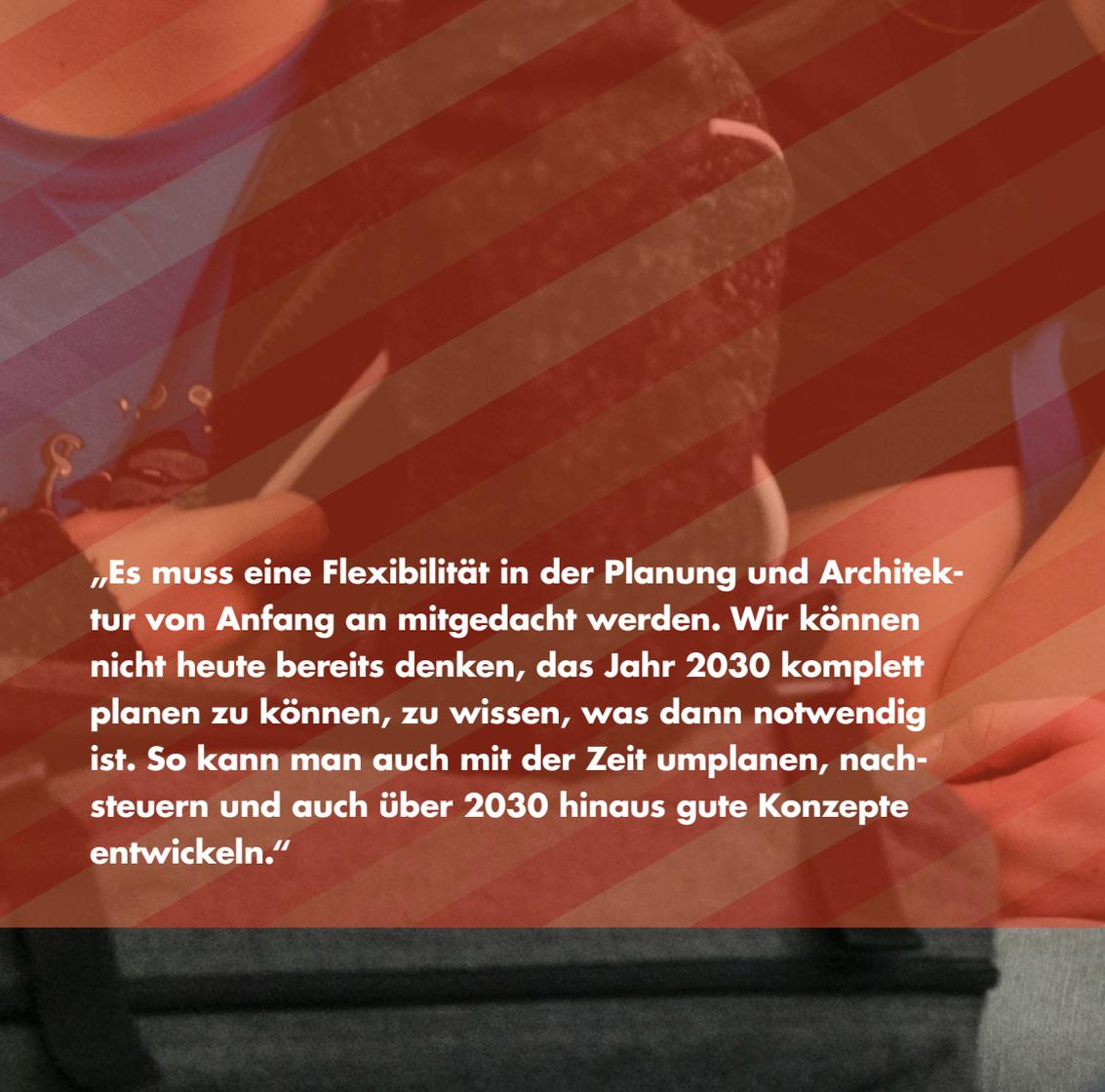
„Es ist ganz wichtig, dass man gewissermaßen das kleinräumige Quartier nimmt und dort Vernetzungen und Sachen ausbauen kann. Vielleicht kann dort das Thema Quartiersmanagement noch mal einen größeren Rahmen bekommen – auch im Bereich des Sozialen.“



„Kinder brauchen Platz in dieser Stadt: in Schulen, in Kindertagesstätten, in den Wohnquartieren. Heute werden in den Siedlungen immer weniger Freiflächen mit eingeplant, das war früher anders. Es gab überall Spielplätze, Wiesen und viele Freiflächen, die genutzt werden konnten. Die Wohnungen werden immer kleiner, die Kinder haben immer weniger Platz im Wohnraum!“



„Es gibt eine Widersprüchlichkeit und Gegensätzlichkeit von Interessen – beispielsweise in der Nutzung von Parkflächen, Kleingärten, Wohnbebauung. Frankfurt ist eine Stadt mit vielen „toten Plätzen“. Plätze werden gebaut und häufig – auch infolge der Planung und der vorhandenen Infrastruktur – nicht adäquat genutzt. Das ist ein großes Problem in der Stadt.“



„Es muss eine Flexibilität in der Planung und Architektur von Anfang an mitgedacht werden. Wir können nicht heute bereits denken, das Jahr 2030 komplett planen zu können, zu wissen, was dann notwendig ist. So kann man auch mit der Zeit umplanen, nachsteuern und auch über 2030 hinaus gute Konzepte entwickeln.“

Vielfalt und Mischung

Ursula Frenzel-Erkert

Freiberufliche Sozial-
Gerontologin



Wie meine Vorredner sehe auch ich wichtige Chancen für soziale Vielfalt und Mischung in den nahräumlichen, alltagsrelevanten Quartieren unserer Stadt. Erfahrungen und Erkenntnisse konnte ich diesbezüglich vor allem durch meine wissenschaftliche Tätigkeit im Rahmen der Studie „BEWOHNT - Zur Bedeutung des Wohnens im Quartier für gesundes Altern“ an der Goethe-Universität gewinnen. Hier wurden 600 alte Menschen in den für Frankfurt typischen Stadtteilen Bockenheim (innerstädtische Struktur) und Schwanheim (dörfliche Struktur) sowie in der Großsiedlung Nordweststadt zu zahlreichen Aspekten des Wohnens in ihrer Nachbarschaft befragt und zahlreiche Stadtteilworkshops durchgeführt. In einer weiteren Studie für das „Netzwerk für gemeinschaftliches Wohnen e.V.“ zur Fragestellung, ob gemeinschaftliches Wohnen Frauenarmut mindern kann, hatte ich Gelegenheit auch jüngere Frauen intensiv zu ihren Wohnwünschen und Erfahrungen zu befragen. Darüber hinaus engagiere ich mich selbst in der Stadtteilinitiative „Schwanheim/Goldstein bewegt sich“, wo ich in einem praktischen Kontext Wünsche zur Quartiersgestaltung kennen lerne.

Grundsätzlich wird der Wunsch nach Vielfalt und sozialer Mischung sehr häufig geäußert, auch von älteren Menschen. Letztere sehen dies vor allem im aktiven Zusammenleben mit Jüngeren und Kindern, aber durchaus auch mit Menschen aus anderen Kulturen. Oft fehle es allerdings an Gelegenheiten, miteinander in näheren Kontakt zu kommen. Obwohl es soziale Vielfalt in Frankfurt in hohem Maße gibt, bleibt es oft eher bei einem Nebeneinander und es kommt nicht zu dem gewünschten Miteinander.

Der Wunsch nach Orten, die nicht institutionell angeboten und geleitet werden und sich an abgrenzbaren Zielgruppen ausrichten (Senioren, Kinder, Eltern usw.), wird immer wieder thematisiert. Man wünscht sich Räume und Plätze, die selbst organisiert, gestaltet und genutzt werden können und die den Rahmen bieten für unterschiedliche, interessen geleitete Aktivitäten. Baulich ist in diesem Zusammenhang nicht nur Barrierefreiheit ein wichtiges Thema, sondern auch Rahmenbedingungen, die informelle Kommunikationsanlässe schaffen. Ohne Anlass findet Kommunikation nicht statt.

In Bezug auf gemeinschaftliche Wohnprojekte, wird z.B. immer wieder der Wunsch nach gemeinsam genutzten Funktionsräumen wie Werkstätten, Küchen, Wasch- und Bügelräume, Büros usw. geäußert, in denen man im Alltag aufeinandertrifft. Man wünscht sich, „das Soziale einfach um sich zu haben und nicht immer organisieren zu müssen“. Die Alltagstätigkeit bietet hier den Anlass für das Miteinander.

Auch in Wohnquartieren ist es möglich, Räume für gemeinsames Tun zu schaffen. Urban Gardening und andere „Graswurzel“- Projekte, gemeinsame Werkstätten oder themenbezogenen Bürgerinitiativen führen beispielsweise junge und alte, arme und reiche Menschen aus unterschiedlichen Ethnien mittels ihres gemeinsamen Interesses zusammen, sofern räumliche Bedingungen das zulassen. Ich wünsche mir, dass in den Stadtteilen mehr Raum dafür gegeben wird. Das halte ich für einen sehr wichtigen Aspekt im Rahmen der Quartiersentwicklung. Vielen Dank.

Vielfalt und Mischung

Marja Glage

Quartiersmanagement
Unterliederbach-Ost



Ich würde Ihnen gerne erzählen, welchen Stellenwert Vielfalt und Mischung für mich als Quartiersmanagerin haben, vor allen Dingen in der Förderung von Nachbarschaften. Wir haben 14 Stadtteile und Quartiere, in denen Quartiersmanagement im „Frankfurter Programm - Aktive Nachbarschaft“ betrieben wird. Dort leben Menschen verschiedener Nationalitäten und Generationen, Erstbezieher und neu Hinzugezogene. Auch städtebaulich sind diese Quartiere vielfältig – gewachsene Ortskerne, Zeilenbauten und Einfamilienhaussiedlungen, es ist alles dabei. Diese Vielfalt und Mischung ist Frankfurts Stärke, aber auch gleichzeitig eine besondere Herausforderung.

Es wird uns in den Eingangsbefragungen, die wir mit dem Start des Quartiersmanagement durchführen, immer wieder deutlich, dass sich die Menschen alleine und eher getrennt von der Nachbarschaft erleben. Bemängelt werden in erster Linie der fehlende Kontakt und die mangelnde Kommunikation mit den anderen Milieus. Und wenn man aber auf der einen Seite beobachtet, dass die Mietpreise in allen Frankfurter Stadtteilen steigen, dann wird auf der anderen Seite klar, dass wir uns heute keine Wohnungen mehr nach unseren Nachbarn aussuchen können. Das heißt, wir müssen dort wohnen, wo wir uns das leisten können. Wir erleben aber, dass Menschen in einem Umfeld leben möchten, wo sie sich wohl fühlen und wo es mit der Nachbarschaft passt. Das hat nichts mit der Nationalität oder mit dem Geldbeutel zu tun, sondern von der persönlichen Vorstellung, wie ein Miteinander funktioniert.

Als Touristen erleben wir immer wieder, dass in fremden Städten insbesondere die gemischten Quartiere spannend sind. Das sind vielfältige Quartiere, die von den vielfältigen Milieus, die dort leben, individuell geprägt werden. Solche Quartiere geben jeder Stadt ein positives Image – auch einer Stadt wie Frankfurt.

Ich gehe davon aus, dass sich der Erhalt einer solchen vielfältigen Mischung auch auf unsere Arbeit des Quartiersmanagements übertragen lässt. Wir können im „Frankfurter Programm - Aktive Nachbarschaft“ dieses Mischungspotenzial wecken. Dann können solche gemischten Quartiere auch vorbildhaft sein. Sie ermöglichen Partizipation, Solidarität und zeigen, wie man in Zeiten, wo man sich nicht mehr unbedingt eine Wohnung leisten kann, auch in Stadtteilen leben kann, die auf den ersten Blick nicht so attraktiv sind. Das setzt aber voraus, dass wir die Bürger als Experten für ihr Lebensumfeld sehen. Unsere Arbeit setzt an den Lebenswelten der Menschen an und an deren Vorstellungen davon, was gutes nachbarschaftliches Miteinander ausmacht. Wir fördern den Dialog zwischen den Menschen und ermöglichen Beteiligung an der Gestaltung des Lebensumfeldes.

Mein Anliegen ist es daher, dass wir wie heute ämterübergreifend darüber diskutieren, wie wir weiterhin in den Stadtteilen diese besondere Frankfurter Mischung erhalten und fördern können. Danke.

Vielfalt und Mischung

Michael Zimmermann-
Freitag

Der Paritätische Hessen e.V.



Das beste soziale Engagement aber auch die beste soziale Arbeit nutzen nichts, wenn die Rahmenbedingungen andere Möglichkeiten nicht hergeben. Das heißt, wir brauchen letztlich politische Entscheidungen zum Wohnraum. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, um sicherzustellen, dass man dort wohnt, wo man auch wohnen möchte und nicht dort, wo es billig ist.

Wir brauchen keine Pädagogisierung von Notlagen. Wenn es eine strukturelle Notlage ist, dann müssen wir auch strukturell an dieses Thema herangehen. Wir müssen in Betracht ziehen, soziale Zentren in der Planung mitzudenken und möglicherweise auch Bauträger dazu verpflichten, dass sie Räume zur Verfügung stellen, um Organisationen und Initiativen vor Ort eine Möglichkeit zu geben, sich dort zu treffen, in den Austausch zu gehen und Hilfen anzubieten.

Wir müssen Räume flexibel gestalten. Kitas werden irgendwann mal Jugendzentren, diese werden irgendwann mal Begegnungsstätten und diese werden vielleicht mal als Altenzentrum genutzt. Und dann fängt es wieder von vorne an. Und ich glaube, es gelingt nur mit: Kooperation, Kooperation, Kooperation. Und das über alle politischen und fachlichen Grenzen hinweg. Vielen Dank!



„Es müssen bessere Beteiligungskonzepte gefunden werden, um die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern oder generell von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Nicht nur auf einem relativ niedrigen Beteiligungsniveau, wo nicht alle Interessen wahrgenommen werden.“

„Man kann die Themen planerisch denken und hat eine urbane Planung, eine urbane Stadtteilgestaltung – man kann es bildungsmäßig denken und hat eine Bildungsregion und ein Bildungsquartier – man kann es sozial denken und hat funktionierende Nachbarschaften. Es deckt sich unheimlich viel. Wenn man in diesem Sinne weiterkommen will, dann muss man diesen Begriff als übergreifenden Begriff in diesem Stadtentwicklungsprozess denken.“



„Wir müssen einen Fokus auf (Sport-)Vereine als ehrenamtliche Strukturen zu legen. Da hat sich in Frankfurt in den letzten Jahren sehr viel getan. Ein konkretes Beispiel: Es gibt diese kleinen Fußballplätze, von denen es noch viel zu wenige gibt, da diese auch multifunktional genutzt werden können. Wenn diese Plätze flächendeckend überall eingesetzt werden und barrierefrei gestaltet werden können, dann wäre das auch ein großer Gewinn unter dem sozialen Aspekt Sport, Bewegung und Freizeit.“

Ausblick

Martin Hunscher

Amtsleiter Stadtplanungsamt der
Stadt Frankfurt am Main



Ich will zum Rückblick auf die heutige Veranstaltung mit einer persönlichen Feststellung beginnen: Ich habe den Eindruck, dass die deutschen Städte, so auch Frankfurt, Integration verlernt haben. Es ist die klassische Leistungsfähigkeit der europäischen Stadt, die Integration der Menschen zu bewältigen – und zwar als Selbstverständlichkeit. Haben wir es tatsächlich im letzten Jahrhundert verlernt diese Integrationsleistung zu bewältigen? Integration neu ankommender Menschen aus unterschiedlichsten Kulturkreisen und mit unterschiedlichsten sozialen und ökonomischen Hintergründen muss ein gesellschaftlicher Dauerprozess sein. Und ich glaube, so müssen wir „Stadt“ verstehen und so muss die Stadt angelegt sein.

Was heißt das stadtstrukturell oder städtebaulich? Erstens brauchen eine gewisse Dichte, so dass ein Austausch zwischen den Menschen überhaupt möglich wird. Zweitens müssen wir bei aller Dichte auch räumliche Möglichkeiten für die freie Entfaltung bieten. Stadtplanung kann vieles bewegen, Wege verbauen aber auch Wege eröffnen. Dabei spielt vor allem die Quartiersebene, der Raum, in dem wir uns tagtäglich bewegen, eine zentrale Rolle. Darüber haben wir heute intensiv diskutiert. Was kann dort in diesem Sinne an Möglichkeiten geboten werden und wie können öffentliche Räume langfristig nutzbar gemacht werden? Mit diesen qualitativen Fragen werden wir uns bei neuen Quartieren auseinandersetzen. In einigen Bestandsquartieren müssen wir nacharbeiten. Nicht nur stadträumlich, sondern auch unter sozialen Gesichtspunkten. So, wie wir das heute beispielsweise in den Fördergebieten der „Sozialen Stadt“ bereits tun. Ich nehme ganz handfest für heute mit, dass wir uns dort, wo Frankfurt sich nach Maßgabe des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes künftig im Innern wie im Außenbereich weiterentwickeln soll, Begegnungsräume wünschen. Also multifunktionale Räume im öffentlichen Raum und in den Gebäuden.

Wie geht der Prozess zum Stadtentwicklungskonzept Frankfurt 2030 weiter? Wir wollen es bei der bisherigen Beteiligung nicht belassen. Vielmehr haben wir den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialogveranstaltungen angekündigt, dass wir im Sommer die Ergebnisse des Prozesses vorstellen werden. Das werden wir auch tun, die Kampagne „Frankfurt. Deine Stadt“ läuft also weiter. Wir sind momentan in der Finalisierung der räumlichen Betrachtung des Prozesses, also der Bewertung von Entwicklungsflächen. Ebenso arbeiten wir mit Hochdruck an einem qualitativen Anforderungskatalog für Stadtentwicklung: Was sind da die Spielregeln, die Qualitätsanforderungen? Diese beiden Themenfelder werden wir als Ergebnis des Prozesses in einer nächsten öffentlichen Veranstaltung widerspiegeln. Dazu sind Sie bereits heute alle herzlich eingeladen. Und auch danach ist der Prozess nicht beendet, sondern die Arbeit an der tatsächlichen Entwicklung Frankfurts beginnt dann erst. Nicht nur für uns Stadtplanerinnen und Stadtplaner, nicht nur für die Politik in Frankfurt, sondern für uns alle als Frankfurterinnen und Frankfurter.

Vielen Dank!

Impressum

Herausgeber

Stadt Frankfurt am Main
Dezernat Planen und Wohnen
Stadtplanungsamt
Kurt-Schumacher Straße 10
60311 Frankfurt am Main

Durchführung

IMORDE Projekt- & Kulturberatung GmbH
(Berlin/Münster) in Kooperation mit
Kokonsult (Frankfurt) und
Raumposition (Wien)

Moderation

Kristina Oldenburg (Kokonsult)

Dokumentation

IMORDE Projekt- & Kulturberatung GmbH
Helmholtzstraße 42, 10587 Berlin
Linda Dowidat, Romina Weber,
Martin Weghofer

Kontakt

2030@frankfurtdeinestadt.de

Bildnachweis

Stefanie Kösling, Frankfurt, mit Ausnahme
von Tom Unverzagt, Leipzig (Titelgrafik)

Frankfurt, Mai 2017